Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Kommissionsdrucksache 089 (Ergänzung zu K-Drs. 062)



Tel.: 0 30 / 59 00 97 - 3 09 Fax: 0 30 / 59 00 97 - 4 00

Meike.Hinrichs@Landkreistag.de

4.12.2007

E-Mail:

Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen Frau Pendzich-von Winter Herrn Dr. Horst Risse Platz der Republik 1 11011 Berlin

Per E-Mail: risse.kom-bundesrat@bundestag.de

Finanzsituation der Kreise

Hier: Fragen des Abgeordneten Volker Kröning vom 11.10.2007 sowie vom 8.11.2007

Sehr geehrte Frau Pendzich-von Winter, sehr geehrter Herr Dr. Risse,

in Ergänzung zu meiner Antwort vom 12.10.2007 auf die an mich gerichtete Frage des Abg. Kröning in der Kommissionssitzung am 11.10.2007 nach einer Aufgliederung des Finanzstatus' der Kreise sowie mit Blick auf die hieran anschließende Frage des Abg. Kröning vom 8.11.2007 an die kommunalen Spitzenverbände übersende ich Ihnen vier Abbildungen zur weiteren Erläuterung der Schuldensituation der Kreise mit der Bitte, sie den Kommissionsmitgliedern als Drucksache zu übersenden.

Es handelt sich im Einzelnen um eine Darlegung der Entwicklung des Finanzierungssaldos der Kreise seit 1992, wobei dieser unter Einschluss sowie ohne die Veräußerungserlöse dargestellt wird (Abbildung 1). Die Abbildung 2 legt für denselben Zeitraum die Entwicklung des Kassenkreditbestandes dar, und die Abbildung 3 illustriert die Verteilung des Kassenkreditbestands im Kreisraum zwischen den kreisangehörigen Gemeinden und den Kreisen zum 31.12.2006. Mit der Abbildung 4 wird ergänzend die gesamte Verschuldung der Kreise nach Ländern und pro Kopf dargelegt.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle auch auf den verschiedentlich zur Finanzsituation der Kreise vorgebrachten Einwand, die Kreise würden aufgrund der Funktionsweise der Kreisumlage (in die die Steuereinnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren eingehen) die – zumindest in der aggregierten Betrachtung – positive Steuereinnahmeentwicklung auf Ebene der Städte und Gemeinden nachvollziehen und ebenfalls aus dem Defizitkorridor heraustreten, einzugehen. Diese auf den ersten Blick naheliegende Vermutung trifft nur bedingt zu. Dies hat seine Gründe:

Zunächst darf bei der Betrachtung der gemeindlichen Einnahmeentwicklung der Fokus nicht nur auf die Entwicklung der Gewerbesteuer verengt werden. Vielmehr muss daneben auch die Entwicklung des für den kreisangehörigen Raum besonders wichtigen gemeindlichen Einkommensteueranteils in den Blick genommen werden. Dieser war in den vergangenen Jahren – nicht zuletzt steuerreformbedingt – jedoch mit deutlichen Minusraten ausgestattet und schlug sich auch mit solchen in den Kreisumlagegrundlagen nieder.

- Zudem muss berücksichtigt werden, dass die in die Kreisumlagegrundlagen eingehenden Gewerbesteuereinnahmen durch den Ansatz der aus der Steuerkraftfeststellung des kommunalen Finanzausgleichs bekannten Nivellierungshebesätze nicht in ihrer Gänze erfasst werden, sondern nur von vornherein zu einem Teil in die Kreisumlagegrundlagen Eingang finden. In einigen Bundesländern wird dadurch bis zu 20 % des tatsächlichen Gewerbesteueraufkommens überhaupt nicht von der Kreisumlage erfasst.
- Des Weiteren hat die Gewerbesteuer, welche im Wesentlichen den gemeindlichen Steuerboom der vergangenen Jahre trug, im kreisangehörigen Raum ein deutlich geringeres Gewicht am Gesamtsteueraufkommen als dies bei den kreisfreien Städten der Fall ist. Aufgrund des höheren Gewichts des gemeindlichen Einkommensteueranteils in den kommunalen Gesamtsteuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden mussten die kreisangehörigen Gemeinden in den vergangenen drei Jahren entsprechend um einige Prozentpunkte niedrigere Zuwächse in den Gesamtsteuereinnahmen verzeichnen als die kreisfreien Städte.
- Der dämpfende Effekt auf die Kreisumlage wird schließlich dadurch verstärkt, dass auch die gemeindlichen Schlüsselzuweisungen, die die Kreisumlagegrundlagen komplettieren, in den vergangenen Jahren angesichts der insgesamt hohen Steuermindereinnahmen sowie der noch hinzutretenden hohen negativen Abrechnungen aus den kommunalen Finanzausgleichen vergangener Jahre ebenfalls stark rückläufig waren.

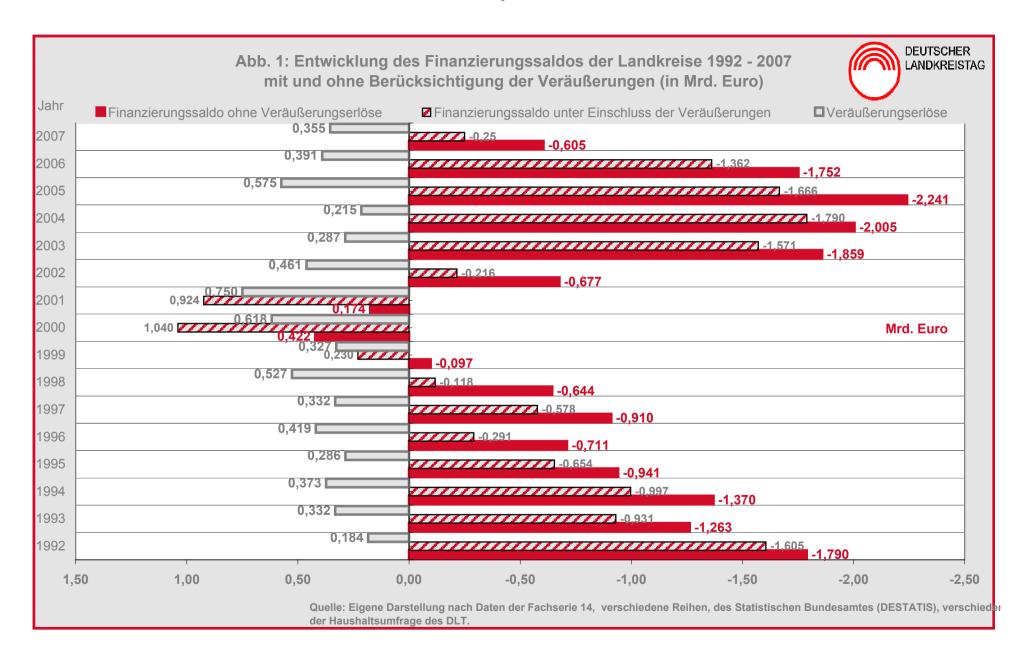
Im Ergebnis hat sich etwa die Kreisumlage 2006 deutlich verhaltener als die gemeindlichen Steuereinnahmen der Vorjahre entwickelt. Zwei Drittel der ostdeutschen Landkreise wiesen sogar rückläufige Kreisumlagegrundlagen auf und auch in den alten Bundesländern konnten 10 % der Landkreise überhaupt keine Zuwächse in der Kreisumlage verzeichnen, sondern mussten eine Verschmälerung der Kreisumlagegrundlagen auffangen.

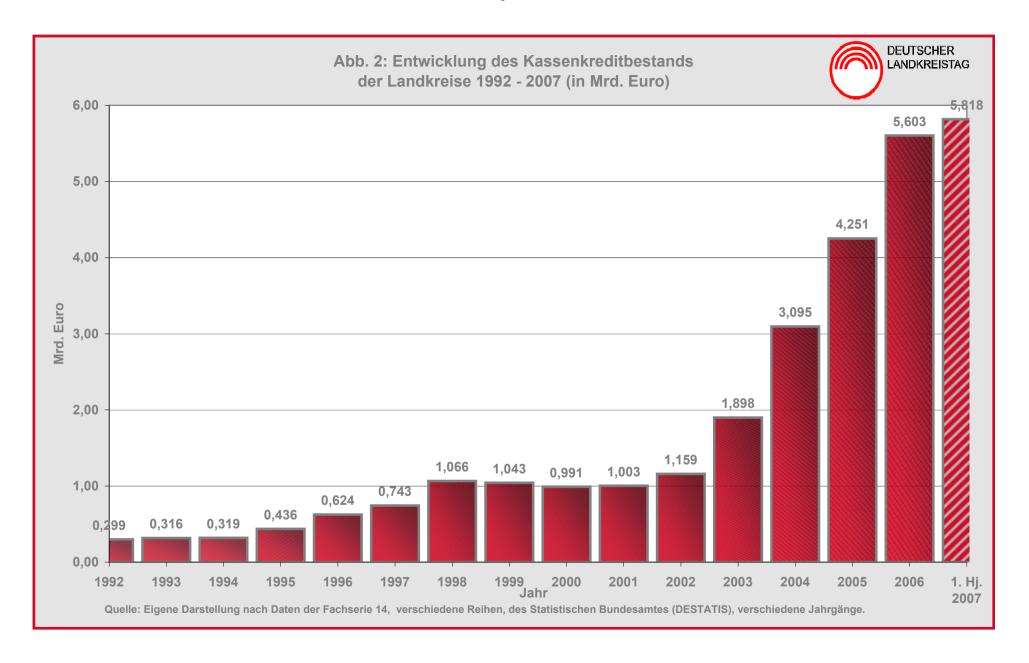
Auch 2007 muss trotz der positiven Entwicklung des für die öffentlichen Finanzen maßgeblichen Datenkranzes damit gerechnet werden, dass die Kreise bundesweit mit einem weiterhin negativen Finanzierungssaldo, allenfalls mit einer roten Null abschließen werden. Der Zuwachs der Kreisumlageeinnahmen in den alten Bundesländern um 7,1 %, d. h. rund 1 Mrd. € (in den neuen Bundesländern weisen 40 % der Kreise auch 2007 eine negative Entwicklung der Kreisumlagegrundlagen auf, nur durch Kreisumlagesatzerhöhungen weist das Aufkommen voraussichtlich ein Plus von 6,5 % auf), und der Zuweisungen der Länder um rund 870 Mio. € wird voraussichtlich nicht ausreichen, um die Kreise aus der Defizitzone zu ziehen. Stattdessen werden 2007 voraussichtlich erneut über 40 % der Kreise den Haushaltsausgleich nicht bewerkstelligen können.

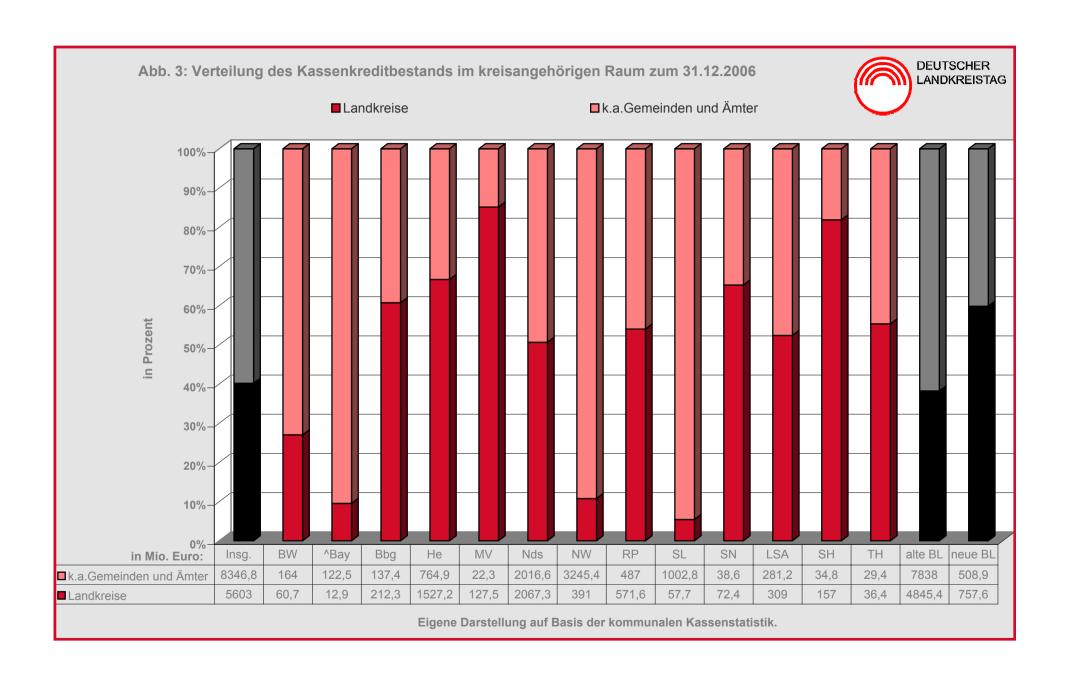
Mit freundlichen Grüßen

Hans Jörg Duppré

Präsident des Deutschen Landkreistages







DEUTSCHER Abb. 4: Schuldenstand der Kreise (einschl. Kassenkredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte) pro LANDKREISTAG Kopf im Ländervergleich (Stand: 31.12.2006) Insgesamt Baden-Württemberg Bayern Brandenburg Hessen Mecklenburg-Vorpommern Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Rheinland-Pfalz ■ Kreditmarktschulden Saarland Sachsen ■ Schulden bei öffentlichen Haushalten Sachsen-Anhalt ■ Kreditähnliche Schleswig-Holstein Rechtsgeschäfte Thüringen ■ Kassenverstärkungskredite Früheres Bundesgebiet Neue Länder 100,00€ 200,00€ 300,00€ 400,00€ 500,00€ 600,00€ 700,00€ 800,00€ 900,00€ 1.000,00€ €uro pro Kopf Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Finanzen und Steuern, Reihe 5 Schulden der öffentlichen Haushalte 2006.